

TOP

Mainz, 17.05.2016

Antrag **0807/2016** zur Sitzung Stadtrat am **25.05.2016**

Kommunale Abgabe auf Waffen (DIE LINKE)

Eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Mainzer Stadtrat hat ergeben, dass der Bedarf an Bewaffnung in Mainz rasant gestiegen ist. Innerhalb eines Monats wurden in Mainz so viele kleine Waffenscheine erteilt und beantragt wie in den vollen Jahren 2014 und 2015 nicht. Eine Entwicklung, die zweifelsohne beunruhigend ist. Wie viel Bewaffnung zusätzlich in Form von Reiz-, Signal und Schreckschusswaffen gekauft worden ist, kann nicht nachvollzogen werden. Die Stadt Mainz muss dafür Sorge tragen, dass bewaffnete Bürgerinnen und Bürger nicht zur Regel werden, sondern die Ausnahme bleiben. Ein mögliches Mittel hierfür wäre die Einführung einer kommunalen Abgabe.

Die Stadt Mainz prüft die Einhaltung des Waffengesetzes sehr sorgfältig und achtet hierbei beispielsweise auf Verstöße bei der Waffenlagerung. Durch die Führung eines Waffenregisters und die Kontrollen entstehen der Verwaltung Kosten. Diese sollten von den Waffeninhaberinnen und Waffeninhabern mitgetragen werden. Wer mehr Waffen besitzt, kann sich auch stärker an den Kosten der Einhaltung des Waffengesetzes erteilen, da für jede einzelne Waffe ein Verwaltungsaufwand entsteht.

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung damit, eine Prüfung durchzuführen, ob eine örtliche Aufwandssteuer nach § 5 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz, auf den Besitz von Waffen, wirtschaftlich und juristisch sinnvoll ist und legt dem Stadtrat, nach juristischer und wirtschaftlicher Prüfung, einen entsprechenden Verwaltungsentwurf vor,

Hingst, Waltraud